Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,400.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 108. Donnerstag den 17. April 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unser ergangener Verordnung zufolge wird zu Ausführung der von der trigonometrischen und topographischen Abtheilung der Landesaufnahme im Königreiche Preußen projectirten Vermessungen, welche innerhalb des sächsischen Staatsgebietes im Besonderen auch in Beobachtungen auf der Station Leipzig bestehen werden, von dem mit der Leitung dieser Arbeiten beauftragten königlich preußischen Oberstlieutenant à la suite des Generalstabes der Armee, Herrn Schreiber, und von den demselben unterstehenden Dirigenten, Officieren, Trigonometern und Hilfstrigonometern das Gebiet des Königreichs Sachsen betreten und auf demselben die bezüglichen Arbeiten, welche Mitte des Monats April ihren Anfang nehmen sollen, vorgenommen werden.

Der unterzeichnete Rath der Stadt Leipzig bringt dies mit dem Ersuchen zur öffentlichen Kenntniß, die seitens gedachter Personen beanspruchte Hilfeleistungen, für welche Vergütung erfolgt, bereitwillig zu gewähren und überhaupt die Ausführung beregter Arbeiten thunlichst fördern zu helfen.

Es wird hierbei noch bemerkt, daß die betreffenden Personen durch offene Ordre legitimirt sein werden.

Leipzig, am 2. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit die **Hauptschleuße der Windmühlen-Gasse** umzubauen und fordern daher unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 10. März 1881 die Besitzer bez. Verwalter der angrenzenden Grundstücke auf, etwa beabsichtigte, die bezeichnete Straßenstrecke berührende Arbeiten an den **Privatgas-** und **Wasserleitungen** ungesäumt zu vollenden, auch wegen **Unterführung** der **Fallrohre**, bez. wegen etwa nothwendig werdender **Einlegung** oder **Umlegung von Beischleußen** unverzüglich **bei uns Anzeige zu erstatten**, damit die Herstellung der Fallrohr- und Beischleußen gleichzeitig mit dem Bau der Hauptschleuße auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann; die Höhe der wegen Herstellung dieser Arbeiten zuvor bei uns zu hinterlegenden Vorschüssen wird einem jeden Betheiligten mittelst besonderer Zufertigung bekannt gegeben.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen außer der Einziehung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten an Fallrohr- und Beischleußen von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Leipzig, am 9. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Eichorius.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß die **Barthe** auf der Strecke **von Händel's Bad bis zur Plaffendorfer Brücke** von **Anfang Mai bis Ende October** laufenden Jahres **abgeschlagen** werden und in Folge dessen das Flußbett auf dieser Strecke während der angegebenen Zeit kein Wasser enthalten wird.

Leipzig, am 8. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Eichorius.

Wegen Reinigung der Räume bleibt unsere Schulgelder-Einnahme

Sonnabend, den 19. April d. J.

für den dienstlichen Verkehr geschlossen.

Leipzig, den 15. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin.

Erneuert

wird die nach dem am 30. October 1851 zu Zittau geborenen **Maurer Robert Gustav Mönch** unterm 2. November vorigen Jahres diesseits erlassene Bekanntmachung.

Leipzig, den 7. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Wendt.

Aufnahme

der neueintretenden Elementarschüler in die Leipziger Volksschulen.

Die Aufnahme der neueintretenden Elementarschüler findet in allen hiesigen Volksschulen

Donnerstag, den 17. April

statt, und zwar in der

1. Bürgerschule für Knaben	Vormittags	10 Uhr
" für Mädchen	Nachmittags	3 Uhr
2. Bürgerschule	Vormittags	10 Uhr
3., 4., 5., 6. und 7. Bürgerschule	Vorm.	9 Uhr
Vereinigten Freischule	Nachmittags	3 Uhr
1., 2., 3., 4., 5., 6. und 7. Bezirksschule	Vormittags	9 Uhr
8. Bezirksschule	Nachmittags	3 Uhr

Die Aufnahme der übrigen, in die Classen 1—7 eintretenden Kinder erfolgt **Freitag, den 18. April.**

Leipzig, den 12. April 1884.

Die Directoren der Volksschulen.

Die Universitäts-Bibliothek

muß größerer Umräumungen wegen Sonnabend, den 19. April geschlossen bleiben.

Connewitz.

Das nach §. 1 des hiesigen Steuerregulativs vom 13. April 1881 normirte **Grundsteuerprädicatum** von 14 ₰ pro Einheit haben wir für das laufende Jahr auf 11 ₰ zu ermäßigen beschlossen.

Nachdem die aufsichtsbehördliche Genehmigung hierzu ertheilt worden ist, bringen wir dies mit dem Bemerken zur Kenntniß, daß die in §. 5 des cit. Regulativs festgesetzten Sätze für die Gemeinde-Einkommensteuer überdem um **20 Procent** für dieses Jahr vermindert worden sind.

Connewitz, den 15. April 1884.

Der Gemeinderath.
Eulenstein, Gemeindevorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Die deutsche Wahlbewegung.

Die deutschen Wähler rüsten sich mit Eifer zur Wahl und bereiten sich auf beide Fälle vor, entweder, wenn der Reichstag bald nach seinem Wiederzusammentritt aufgelöst wird, nach einigen Wochen ihre Stimmen abzugeben oder wenn er bis zum Ablauf der Legislaturperiode beisammen bleibt, im Herbst an die Wahlurne zu treten. Fluß in die Bewegung ist auf nationalliberaler Seite erst gekommen, nachdem die süddeutschen Liberalen in Heidelberg ihre allseitig so sympathisch aufgenommene Kundgebung erlassen haben; mit der Erklärung vom 23. März ist der gemeinverständliche Erkennungsruf der liberalen Wähler im Gegensatz zu den freisinnigen erschallt, um welchen sich alle Diejenigen schaaren, denen an der Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen gelegen ist. Der Parteitag in Neustadt a. d. Hardt hat die Bestätigung gebracht, daß die Unterzeichner der Heidelberger Erklärung das Richtige getroffen hatten. Zu Tausenden sind die Anhänger der nationalen und liberalen Sache aus Stadt und Land, aus der Pfalz, aus Schwaben, Hessen und Baden nach dem weinlaubumkränzten Neustadt zusammengeströmt und haben Zeugniß dafür abgelegt, daß sie nicht wollen rütteln lassen an dem deutschen Einheitsbau, den sie vor nunmehr 14 Jahren mit ihrem Blute aufrichten halfen und daß sie unter Führung des bewährten Begründers der Einheit weiter streben wollen auf dem betretenen Wege. Der Name Miquel hat einen guten Klang in der liberalen Partei, sein Träger stand allezeit in den vordersten Reihen der Kämpfer für die nationale und liberale Sache, und es dünkt uns als ein wichtiges Zeichen für die zukünftige Entwicklung Deutschlands, daß gerade in dieser kritischen Zeit eine Wiederannäherung stattgefunden hat zwischen dem leitenden Staatsmann und den ehemaligen Führern der liberalen Partei. Der Reichskanzler wünschte den Oberbürgermeister von Frankfurt während seiner letzten Anwesenheit in Berlin zu sehen, Miquel konnte aber, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet, der Einladung nicht Folge leisten, weil er vor Empfang derselben Berlin bereits verlassen hatte. Die Form, in welcher die Meldung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" auftritt, läßt darauf schließen, daß der Reichskanzler Werth auf eine Verhandlung mit der nationalliberalen Partei legt, denn sie spricht von der hervorragenden Stellung, welche er in einer angesehenen Fraction einnimmt. Man erinnert sich dabei der achtungsvollen Erwähnung, welche der Reichskanzler in seiner Rede im deutschen Reichstage am 13. März Rudolf von Bennigsen zu Theil werden ließ, und leitet daraus die Berechtigung zu der Annahme her, daß in der nächsten Legislaturperiode das alte Verhältniß, welches so lange Zeit zwischen der Reichsregierung und der nationalliberalen Fraction bestand, wieder hergestellt werden wird. Selbstverständliche Voraussetzung dieses Verhältnisses ist, wie das auch von den Unterzeichnern des Heidelberger Programms ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die Rechte des Reichstages voll und ganz respectirt werden und daß überhaupt an den Grundlagen der Verfassung nicht gerüttelt wird, dafür wollen aber auch die Nationalliberalen das gegenseitige gute Einvernehmen mit dem Reichskanzler nicht durch zu weit gehende und vor allen Dingen unzeitgemäße Forderungen stören, sondern es sich an der Aufrechthaltung des Bestehenden genügen lassen.

Die deutsche freisinnige Partei hat mit der besonderen Betonung ihres Programmpunctes „Gleiches Recht für Alle" in dem Augenblick, in welchem es sich um die Verlängerung der Geltungsdauer des Socialistengesetzes handelt, der Meinungsverschiedenheit in den eigenen Reihen Thür und Thor geöffnet, und bereits hat eins der hervorragendsten Mitglieder der Partei, Professor Mommsen, laut erklärt, daß er die Ablehnung der Verlängerung für einen schweren politischen Fehler halte, welchen er und eine ganze Reihe seiner Parteigenossen nicht mitmachen werden. Das würde für eine weniger auf Theorien versessene Partei als ein beachtenswerther Warnungsruf erscheinen, bei der freisinnigen Partei kann man aber nicht darauf rechnen, daß dieser Ruf Wirkung haben werde, denn sonst würde sie in ihren Versammlungen in Bezug auf diese wichtigste Frage Farbe bekennen und es offen aussprechen, daß sie mit der Auffassung Mommsen's übereinstimme. Die Führer und Reiseredner der „Freisinnigen" beobachten aber in dieser Hinsicht eine auffallende Zurückhaltung, sie vermeiden es sichtlich, die Frage der Verlängerung des Socialistengesetzes zum Gegenstand ihrer Darlegungen zu machen, und scheinen dadurch zu zeigen, daß sie diese Cardinalfrage der gegenwärtigen Lage absichtlich unberührt lassen. Vor die Alternative gestellt, entweder mit der freisinnigen Partei die Verlängerung des Socialistengesetzes abzulehnen, oder durch Annahme derselben sich von den „Freisinnigen" auszuschließen, würde gewiß eine große Zahl Wähler sich für das Letztere entscheiden, weil sie die Verantwortung für die Folgen der Ablehnung nicht auf sich nehmen wollen und können.

Den schroffsten Gegensatz zu dem Parteitage der Nationalliberalen in Neustadt bildet die gleichzeitig abgehaltene Versammlung der rheinischen Katholiken in Köln. Unbekümmert um die brennende sociale Frage haben die 4000 Theilnehmer dieser Versammlung mit nicht zu verstehender Hartnäckigkeit den Wahn aufrecht zu erhalten versucht, als ob das Heil der Zukunft des deutschen Reiches von der Zurückberufung der abgesetzten Erzbischöfe Melchers und Ledochowski abhänge. Mit dem Kampf für die Freiheit der Kirche glauben sie das Maß ihrer staatsbürgerlichen Pflichten erschöpft zu haben, denn sie sprechen ausdrücklich den Mitgliedern der Centrumsfraction des deutschen Reichstages und preußischen Landtages für ihren bisherigen unerschütterlichen Muth ihren wärmsten Dank und ihre freudige Anerkennung aus. Möchten diese Leute immerhin ihren Wünschen und Hoffnungen für die sogenannte Freiheit der Kirche blind ergeben sein, das sind Neigungen und Auffassungen, die sich durch politische und Vernunftgründe mit Aussicht auf Erfolg nicht bekämpfen lassen, aber möchten sie andererseits nicht Auge und Ohr den nicht kirchlichen Angelegenheiten in dem Maße verschließen, daß sie davon überhaupt keine Kenntniß nehmen. Die rheinischen Katholiken sind doch so zu sagen auch Reichs- und Staatsbürger, und das Wohl und Wehe des Reichs und des engeren Vaterlandes sollte ihnen auch einigermaßen am Herzen liegen. Die Lehren der Religion sind doch speciell gegen die Engherzigkeit und die Selbstsucht gerichtet.

Wir entnehmen aus der Haltung der Anhänger der freisinnigen und der Centrumspartei, daß sie der Verlängerung des Socialistengesetzes auf zwei Jahre ohne jede Einschränkung nicht zustimmen werden und daß deshalb die Auflösung des Reichstages vor Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode nothgedrungen ausgeführt werden wird. Wir halten diese Lösung der bestehenden Krisis auch für die beste und zweckmäßigste, weil dadurch den Wählern Das, um was es sich für die nächste Zukunft in erster Linie handelt, am deutlichsten zum Bewußtsein gebracht wird; durch die Annahme der Verlängerung mit einer kleinen Mehrheit wird für die nächsten Wahlen dem Irrthum Vorschub geleistet, als sei der von der freisinnigen Partei empfohlene Weg doch der richtige, und die sociale Frage werde auch ohne und gegen diese Partei ihrer Lösung entgegengeführt werden können. Nein, wir wünschen und hoffen unter den obwaltenden Verhältnissen, daß die Absichten der freisinnigen Partei nicht erreicht werden, damit sie mit der Centrumspartei für die Auflösung des Reichstages verantwortlich gemacht werden kann. Die sociale Frage ist der Kernpunct der heutigen Lage der deutschen Reichsangelegenheiten, und es muß klar werden, wer die Reichsregierung in ihrem Bestreben, das Bestehende zu erhalten, unterstützt und wer sie darin bekämpft.

Leipzig, 17. April 1884.

* **Der Aufruf für den Rheinischen Katholikentag** hat zu einer ganzen Reihe von Beschlagnahmen Veranlassung gegeben. In Bonn, Kempen, Neuß, Crefeld ꝛc. sind die dort erscheinenden Centrumsblätter anscheinend auf Anweisung aus Berlin von der gleichen Maßregel wie die „Kölnische Volkszeitung" betroffen worden. Der Confiscationsbeschluß der Kölner Staatsanwaltschaft geht von der Erwägung aus, in dem Aufruf werde „die entstellte Thatsache behauptet, daß der Erzbischof von Köln mit unberechtigter Gewalt der Freiheit beraubt, und daß den Katholiken des Rheinlandes Alles genommen sei" und stützt sich ferner „auf die aus der Gesammtfassung des Aufrufes zu entnehmende Absicht, dadurch Anordnungen der Obrigkeit und Staatseinrichtungen verächtlich zu machen." Nach dreistündigen Verhandlungen wurden einstimmig folgende bereits kurz erwähnte von einer Delegirtenversammlung festgesetzten Resolutionen beschlossen:

1. Die Versammlung erkennt in dem von seiner Heerde getrennten hochwürdigsten Herrn Erzbischof Paulus den von Gott gesetzten rechtmäßigen Oberhirten der Erzdiöcese Köln, sie bleibt demselben in unverbrüchlicher Treue ergeben und verleiht ihrer Liebe und Verehrung neuen Ausdruck. II. Die Versammlung erneuert den Protest gegen eine Kirchenpolitik, welche nach mehr als zehnjährigen bitteren Erfahrungen sich noch immer nicht zur entschiedenen Umkehr von den Wegen des Culturkampfes entschließen kann, vielmehr der tiefen Erbitterung des katholischen Volkes durch Halbheiten begegnet, dabei der einen Diöcese verlage, was sie der anderen gewährt. Sie erinnert bei diesem Protest an folgende Thatsachen, deren Beseitigung übrigens die gerechten Beschwerden der preußischen Katholiken lange nicht erschöpfen würden: 1) die beiden Erzbischöfe von Köln und Posen sind abgesetzt, ihre Amtsbrüder bleiben dabei der Gefahr ausgesetzt, auf Grund der bestehenden Maigesetze zu Gefängniß oder Geldstrafe verurtheilt und zur Ausübung ihres heiligen Amtes für unfähig erklärt zu werden. 2) Weit über 1000 — in der Kölner Diöcese aber 300 — Pfarrstellen sind verwaist, weil die Staatsregierung ohne Erfüllung der Anzeigepflicht die Besetzung dieser kirchlichen Aemter nicht duldet. 3) Noch immer bleibt für das Erzbisthum Gnesen-Posen die Sperre, noch immer mächst der auf Grund des Brodkorbgesetzes angesammelte Fonds, der jetzt schon etwa 15,000,000 ℳ beträgt. 4) Die sämmtlichen Priesterseminare sind geschlossen. Den Bischöfen bleibt die kirchliche Erziehung der Geistlichen nach wie vor versagt. 5) Der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten besteht fort, obwohl kein Mensch diese Einrichtung zu vertheidigen wagt. 6) Das Priesterausweisungsgesetz ist noch immer nicht abgeschafft, obwohl der Reichstag nach einer für dasselbe wahrhaft vernichtenden Debatte mit mehr als zwei Drittel Mehrheit die Reichsregierung zur endlichen Beseitigung dieses Gesetzes aufforderte, fast sämmtliche Orden und ordensähnliche Congregationen sind unterdrückt, unsere barmherzigen Schwestern unterstehen einer für sie und alle Katholiken tief verletzenden Beaufsichtigung. III. Die Versammlung spricht den Mitgliedern der Centrumsfraction im Reichstag und Landtag, die nun heute mehr als ein Jahrzehnt mit unerschütterlichem Muth und voller Hingabe an die heilige Sache der katholischen Kirche im Kampfe ausharren, ihren wärmsten Dank und freudige Anerkennung aus. IV. Die Versammlung gelobt, auszuharren in dem heiligen Kampfe für den Glauben und die Freiheit der Kirche, sie fordert alle Gesinnungsgenossen auf, nicht zu ruhen, bevor jene kirchlichen Zustände wiederhergestellt sind, welche ein feierliches Königswort bei Besitzergreifung der Rheinlande den rheinischen Katholiken verhieß, welche die im Culturkampf verstümmelte Verfassung verbürgt, welche Se. Majestät der Kaiser wiederholt als wohlgeordnete bezeichnete.

* Die bereits erwähnte Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hat folgenden Wortlaut: „Verschiedene Blätter beschäftigen sich mit Verhandlungen, welche über den Eintritt des Herrn Miquel in das preußische Ministerium stattgefunden haben sollen. Die betreffenden Artikel beruhen ohne Ausnahme auf Erfindung, ebenso wie die sonstigen Lückenbüßer über Ministerkrisen. Es ist weder eine Vacanz noch eine neu zu schaffende Stellung in Aussicht, die zu dergleichen Muthmaßungen Anlaß geben könnte. Der Ursprung aller dieser Erfindungen beruht möglicherweise auf subalterner Ausbeutung der Thatsache, daß der Reichskanzler den Wunsch gehabt hat, Herrn Miquel bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin zu sehen, ohne denselben aber verwirklichen zu können, weil Herr Miquel vor Empfang der erfolgten Einladung Berlin verlassen hatte. Ein solcher Wunsch hat bei den von jeher guten Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und Herrn Miquel an sich nichts Auffälliges, und können ehrlicher Weise daraus doch von Niemand Rückschlüsse auf Ministerkrisen und Ministerzukunft gezogen werden. Fürst Bismarck kann sowohl um der Persönlichkeit des Herrn Miquel willen, als auch wegen seiner hervorragenden Stellung in einer angesehenen Fraction und wegen seiner Eigenschaft als consul dirigens einer so bedeutenden Stadt, wie Frankfurt a. M. ist, sehr wohl das Bedürfniß nach geselligem und persönlichem Verkehr mit demselben haben, ohne daß daraus auf eine Ministerkrisis und Verhandlungen über Neubesetzung noch nicht vacanter Stellen geschlossen werden dürfte."

* Mit dem am 12. d. M. verstorbenen General der Infanterie v. Schwerin, dem langjährigen Gouverneur von Metz, ist wieder einer der Officiere aus dem Leben geschieden, welche in höherer Stellung mit Auszeichnung im deutsch-französischen Kriege gefochten haben. General v. Schwerin hat als Commandeur der 10. Infanteriebrigade (Regimenter Nr. 12 und 52) rühmlichen Antheil genommen an der Schlacht von Spichern, indem er in vorgerückter Nachmittagsstunde im Verein mit andern Abtheilungen der 5. Division den hartbedrängten Kameraden des 7. und 8. Armeecorps die langersehnte Hülfe brachte und hierdurch zum glücklichen Ausgang der Schlacht wesentlich beitrug. Noch glänzender gestaltete sich die Thätigkeit der von General von Schwerin geführten Truppen in der blutigsten Schlacht des Jahres 1870, derjenigen von Mars-la-Tour, in welcher die 10. Infanteriebrigade auf dem linken Flügel des brandenburgischen Armeecorps in ewig denkwürdigem, opfervollem Ringen der ungeheuren feindlichen Uebermacht siegreich widerstand; die Verluste der Brigade Schwerin an diesem Tage bezifferten sich auf 66 Officiere und 1644 Mann. Auch in den Schlußkämpfen des Feldzuges 1871 war es dem General beschieden, sich auszuzeichnen; er nahm hervorragenden Antheil an der Schlacht von Le Mans und den unmittelbar vorausgehenden Gefechten. Nach dem Kriege wurde er Commandeur der 6. Infanterie-Division und übernahm dann später den wichtigen Posten eines Gouverneurs der größten deutschen Festung. Leider war es dem General, der als Gouverneur von Metz auch in hohem Grade die Sympathien der dortigen Einwohnerschaft besaß, nicht mehr beschieden, sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum zu feiern, welches im August dieses Jahres stattfinden sollte. Als vermuthlicher Nachfolger des Generals v. Schwerin wird vielfach der jetzige Commandeur der 2. Infanterie-Division, General-Lieutenant v. Conrady, genannt.

* Da die Russen schon seit Langem erkannt haben, daß in erster Linie der Protestantismus ihnen bei allen gegen die baltischen Provinzen gerichteten Russificirungsversuchen als Hemmniß entgegentritt, so sind die deutschfeindlichen Elemente eifrig darauf bedacht, den Kampf der Orthodoxen gegen die lutherische Kirche lebendig zu erhalten. Seit Jahren bereits tobt ein wüster Federkrieg um die Universität Dorpat, die man gern ihres grunddeutschen Charakters berauben möchte. Da jedoch alle Anstrengungen in dieser Richtung bis jetzt gescheitert sind, so rückte die „Nowoje Wremja" kürzlich mit dem seltsamen Vorschlag heraus, wenigstens die theologische Facultät von Dorpat nach Petersburg zu verlegen, damit die Hauptgegner des Russenthums, die evangelischen Pastoren, welche angeblich nur Unheil stiften und ihres gutsbesitzerlichen Charakters wegen auch bei ihren Gemeinden im Ungunst stehen, während ihrer Ausbildung der russischen Aufsicht nicht entbehrten. Man kann sich denken, daß die deutsch-baltische Presse diesen Angriff nicht unbeantwortet gelassen hat, und so ist denn der Frage von dem Fortbestehen der theologischen Facultät in Dorpat schon eine ansehnliche Menge von Tinte und Papier geopfert worden. Das wäre an und für sich recht harmlos, wenn nicht in letzter Zeit auch russische Blätter ernsterer Färbung, die sonst keineswegs in Antigermanismus machen, wie beispielsweise die Petersburger „Wedomosti", diesen Vorschlag der „Nowoje Wremja" unterstützten, und wenn wir nicht eingestehen müßten, daß dieser Kampf bereits auch andere und zwar empfindliche Folgen gehabt hat. Nach Thatsachen zu urtheilen, erweist sich im vorliegenden Falle die lutherische Kirche gegenüber den Russen der Orthodoxen beinahe machtlos. Im verflossenen Jahre sind binnen wenigen Wochen etwa 1000 Esthen von der lutherischen zur griechischen Kirche übergetreten, und vor 14 Tagen konnte die orthodoxe Kirche durch die russischen Blätter wiederum verkündigen lassen, daß abermals 200 esthnische Bauern, und zwar allein in dem Fickel'schen Kirchspiele den Glauben ihrer Väter abgeschworen und in dem Schooße der rechtgläubigen Kirche Aufnahme gefunden haben. Derartige Massentaufen sind unerhört, und wenn das so weiter geht, werden bald alle Zeitungsfehden über Verlegung oder Nichtverlegung der theologischen Facultät von Dorpat sich als müßig herausstellen. Man streitet da, schreibt ganze Folianten zusammen und geräth in theologische oder auch laienhafte Wallungen, die wohl die Schärfe des praktischen Blickes beeinträchtigen müssen, denn während dieses unerquicklichen Haders zieht die orthodoxe Kirche der lutherischen und noch dazu in ziemlich unsanfter Weise den Boden unter den Füßen weg, ohne daß die letztere eine Abhülfe gegen diese hochbedeutsame Erscheinung finden zu können scheint. Die Thatsache ist nicht mehr zu leugnen, daß der Einfluß der lutherischen Kirche in den Ostseeprovinzen im schnellen Schwinden begriffen ist, und man sagt, dies rühre daher, daß die evangelischen Pastoren im Grunde genommen dort in erster Linie Gutsbesitzer und erst in zweiter Seelsorger sind. Dem gegenüber haben die orthodoxen Popen mit dem glückbringenden Rubel in der Hand leichtes Spiel.

* Aleko Pascha scheint keine Aussicht zu haben, wieder zum General-Gouverneur von Ostrumelien ernannt zu werden, da Rußlands Widerstand bisher noch nicht beseitigt ist. Die Pforte hat noch keinen Entschluß in Betreff ihres Vorschlages an die Mächte gefaßt. Am wahrscheinlichsten ist ein Provisorium Aleko, bis die Pforte sich schlüssig macht. Nach der türkischen Auffassung lief die Bestallung am Sonntag ab. Fürst Alexander von Bulgarien antwortete der Deputation eines abgehaltenen Unionisten-Meetings in Tirnowo: Als Bulgare sympathisire er mit der Bewegung, als der auf Grund des Berliner Vertrages gewählte Fürst müsse er aber sagen, daß die Stunde noch nicht gekommen sei.

* Wenn es eine Zeit gab, wo Frankreich das enfant terrible der europäischen Völkerfamilie genannt werden konnte, so fordert doch die Gerechtigkeit die Anerkenntniß, daß die gegenwärtige französische Republik ernstlich bemüht ist, jene Zeit vergessen zu machen. Die Enthüllungsfeier des Gambetta-Denkmals in Cahors liefert einen erfreulichen Beweis dafür, daß Patriotismus und Chauvinismus jenseits der Vogesen nicht nothwendig Hand in Hand gehen müssen, und daß die gegenwärtige Regierung des Landes stark genug ist, um etwaige friedensfeindliche Regungen des Volksgeistes in Schranken zu halten ja sie vielleicht allmälig ganz und gar zu verdrängen. Aus den Reden Ferry's sowohl wie Campenon's spricht der Geist nationalen Selbstbewußtseins, aber eines berechtigten Selbstbewußtseins, wie es jede Nation nicht nur pflegen darf und kann, sondern auch pflegen soll, ohne daß deshalb die Nachbarn gleich in Kriegsbesorgnisse zu gerathen brauchen. Auch was der Ackerbauminister Tags zuvor in Montauban sagte, daß nämlich Frankreich nach Außen den Frieden, nach Innen die Ordnung wolle, unbeschadet der kräftigen Wahrung seiner berechtigten Interessen, wird den Beifall aller Verständigen auch außerhalb